

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	7
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	18
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	28
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	29
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor im Libanon

Da der Libanon über keine relevante eigene Rüstungsindustrie verfügt, ist das Land auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Zu den wichtigsten Lieferanten für den Libanon gehörten im Zeitraum 2017 bis 2021 die USA, Brasilien, Frankreich, Kanada und Italien. Deutschland spielt als Waffenlieferant für den Libanon kaum eine Rolle. Die letzten größeren Lieferungen umfassten in den Jahren 2007/2008 zwei gebrauchte Patrouillenboote. Deutschland stellt aber für die UN-Mission im Libanon unter anderem Personal, Gewehre und Pistolen sowie entsprechende Munition und eine Fregatte bereit.

Die libanesischen Streitkräfte sind, insbesondere im regionalen Vergleich mit Israel, Ägypten und Jordanien, recht klein und bestehen aus 60.000 aktiven Soldat:innen. Zuletzt kam ihnen, bedingt durch die zunehmende Bedrohung durch den syrischen Bürgerkrieg, das Erstarken des sogenannten Islamischen Staats und weiterer Rebell:innengruppen in den Grenzregionen zu Syrien sowie der instabilen inneren Lage im Libanon, eine wichtige Rolle zu. Da große Teile der militärischen Ausrüstung veraltet waren, wurden umfassende Modernisierungsmaßnahmen angestoßen, die die Operationsfähigkeit der Armee angesichts zunehmender regionaler Konflikte langfristig stärken sollten. Notwendig waren und sind hierfür Waffenkäufe aus dem Ausland. Auch profitierten die libanesischen Streitkräfte von Trainings durch internationale Partner. Die katastrophale Explosion im Hafen von Beirut 2020 und deren wirtschaftliche und politische Folgen werden jedoch Pläne der nationalen Sicherheitsstrategie weiter verzögern.

Der andauernde Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel, massive Terrorbedrohungen sowie die auf libanesischen Boden übergreifenden Kämpfe unterschiedlicher militanter Gruppierungen aus Syrien stellen indes gegenwärtig große Gefahren für die Stabilität des Libanon dar. Insbesondere in den Städten Tripoli, Sidon und Arsal führte das libanesisches Militär bislang Operationen gegen solche Gruppen durch. Das brutale Vorgehen der Streitkräfte soll in der Vergangenheit jedoch auch öfters syrische Geflüchtete getroffen haben. Im Rahmen zivilgesellschaftlicher Demonstrationen gegen die libanesisches Regierung berichtete unter anderem Amnesty International über unverhältnismäßige Gewaltanwendungen durch das Militär. Auch hat Human Rights Watch regelmäßig auf Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte aufmerksam gemacht.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Der Libanon ist nahezu allen Verträgen zur Abrüstung beigetreten, mit Ausnahme u. a. der Anti-Personenminen-Konvention und dem Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden. 2015 trat das Land auch dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) bei. Ebenso ist der Libanon zahlreichen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Dennoch genießen Minderheiten (beispielsweise die langjährig im Libanon lebenden palästinensischen Geflüchteten) weiterhin nicht dieselben Rechte wie Libanes:innen. Auch Frauen werden nicht die gleichen Rechte zugestanden wie Männern. Menschenrechtsorganisationen kritisieren außerdem u. a. die

Gewaltanwendung durch libanesischen Sicherheitskräfte sowie die schlechten Haftbedingungen in libanesischen Gefängnissen.

Der Libanon liegt in einer politisch sehr angespannten Region mit zahlreichen Konflikten. Insbesondere der Syrien-Konflikt, in den der Libanon durch die Beteiligung der Hisbollah an den Kampfhandlungen tief verstrickt ist, sowie der anhaltende palästinensisch-israelische Konflikt stellen das Land derzeit vor die härtesten Zerreißproben seit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs 1990. Darunter leiden die politische Verfasstheit und Stabilität des Libanon. Seit dem Libanonkrieg von 2006 zwischen der Hisbollah und Israel bestehen weiterhin massive Spannungen zwischen beiden Seiten. Der Libanon wird, wie viele andere Staaten der Region, zudem durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) bedroht. Insgesamt gilt als der Libanon als fragiler Staat. Hierzu tragen die externen Bedrohungslagen ebenso wie das konkordanz-demokratische politische System des Libanon bei, welches mit dem Ende des Bürgerkrieges Frieden schaffen sollte, seither aber vor allem politische Pattsituationen und die Handlungsunfähigkeit der Staatsinstitutionen fördert. Lange war das Amt des:der Staatspräsident:in vakant, weil sich die Parteien nicht auf eine:n Amtsträger:in einigen konnten. Ebenso wurde das Parlament ab 2009 lange nicht mehr gewählt. 2018 fanden schließlich wieder Wahlen statt. Starke Konfliktlinien entstehen aufgrund der politischen Gegebenheiten seit jeher entlang der religiös-konfessionellen Heterogenität des Libanon, welche insbesondere durch die Eliten gefördert werden.

Die allgemeine Kriminalitätsrate im Libanon gilt als vergleichsweise niedrig. Dennoch florieren weiterhin die Produktion und der Schmuggel von Drogen innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinaus. Zudem besteht die Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr von Waffen. Vor allem in der Grenzregion zu Syrien sowie in der Bekaa-Ebene kommt es immer wieder zu illegalem Waffenhandel, da die Grenze porös und schwer kontrollierbar ist.

Die Militärausgaben gemessen am BIP im Libanon sanken in den letzten fünf Jahren von 4,5 Prozent im Jahr 2015 auf rund 3 Prozent im Jahr 2020; was aber immer noch recht hoch ist. Nach dem jährlich vom BICC erhobenen Globalen Militarisierungsindex weist das Land noch immer einen sehr hohen Grad an Militarisierung auf und belegte 2020 Platz 17. Derzeit stellen die aktuell im Vergleich zu den Vorjahren stark sinkenden Militärausgaben im Libanon keine Gefährdung für die Entwicklung des Landes dar. In den vergangenen Krisen hat sich das Land jedoch als wenig Resilient erwiesen, so dass Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitssystem bzw. in Programme zur Wirtschaftsförderung definitiv Vorrang vor Steigerungen der Militärausgaben haben sollten.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver und Pistolen	0,006
2000	Revolver und Pistolen	0,027
2001	Munition für Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen	1,04
2002	-	-
2003	Revolver und Pistolen: 90,1%	0,005
2004	Geländewagen (für Botschaft eines EU-Landes)	0,25
2005	Geländewagen (für Botschaft eines EU-Landes)	0,14
2006	Geländewagen (für Botschaft eines EU-Landes)	0,24
2007	Gewehre (VN-Mission), Maschinenpistolen (VN-Mission), halbautomatische Flinten (VN-Mission), Pistolen, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre (VN-Mission), Maschinenpistolen (VN-Mission): 68,1%; Körperschutzwesten und Einschübe für Körperschutzwesten (Libanesischer Zoll und VN-Mission): 20,2%	0,05
2008	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Pistolen, Scharfschützengewehre und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Pistolen: 49,3%; Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen und Flinten: 20,1%; LKW, Minenräumgeräte, Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Minenräumgeräte: 16,2%	4,09
2009	Geländewagen mit Sonderschutz: 52,8%; Helme, Körperpanzer, Körperschutzwesten, Splitterschutzanzüge und Teile für Schutzwesten: 18,1%; Bildverstärkerausrüstung: 14,5%	1,21
2010	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen (VN-Mission), Pistolen, Waffenzielgeräte (VN-Mission) und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen (VN-Mission), Pistolen, Waffenzielgeräte (VN-Mission): 75,9%; Munition für Gewehre (VN-Mission), Maschinenpistolen (VN-Mission), Revolver (VN-Mission), Pistolen (VN-Mission) und Flinten (VN-Mission): 12,2%	0,83
2011	Munition für Gewehre (VN-Mission), Revolver, Pistolen, Jagdwaffen und Sportwaffen: 52,9%;	1,20

LÄNDERBERICHT \ LIBANON

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Geländewagen mit Sonderschutz (ausländische Botschaft): 41,2%	
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 78,4%; Munition für Gewehre (VN-Mission), Pistolen (VN-Mission), Revolver (VN-Mission) und Flinten (VN-Mission): 21,0%	0,75
2013	Geländewagen mit Sonderschutz (Botschaften, VN-Mission, EU-Delegation) und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte (Hilfsorganisation), ballistischen Schutz (VN-Mission): 93,2%	1,76
2014	Nachtsichtgeräte und Teile für Nachtsichtgeräte: 86,3%	4,44
2015	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 60,2%	1,29
2016	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Geländewagen mit Sonderschutz [sämtlich für Botschaft]: 70,7% Flugkörperabwehrsysteme für Flugfahrzeuge und Teile für Flugabwehrsysteme: 11,6%	4,66
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission und Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 97,2%	1,04
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission, Botschaft] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission]: 54,0% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 21,2% Helme und Schutzplatten für Schutzwesten: 20,7%	2,83
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für Geländefahrzeuge [VN-Mission], ballistischen Schutz [Botschaft]: 94,3%	0,76
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft], ballistisches Glas für Geländewagen [VN-Mission, Botschaft] und Teile für den ballistischen Schutz [Botschaft]: 95,3%	0,39

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

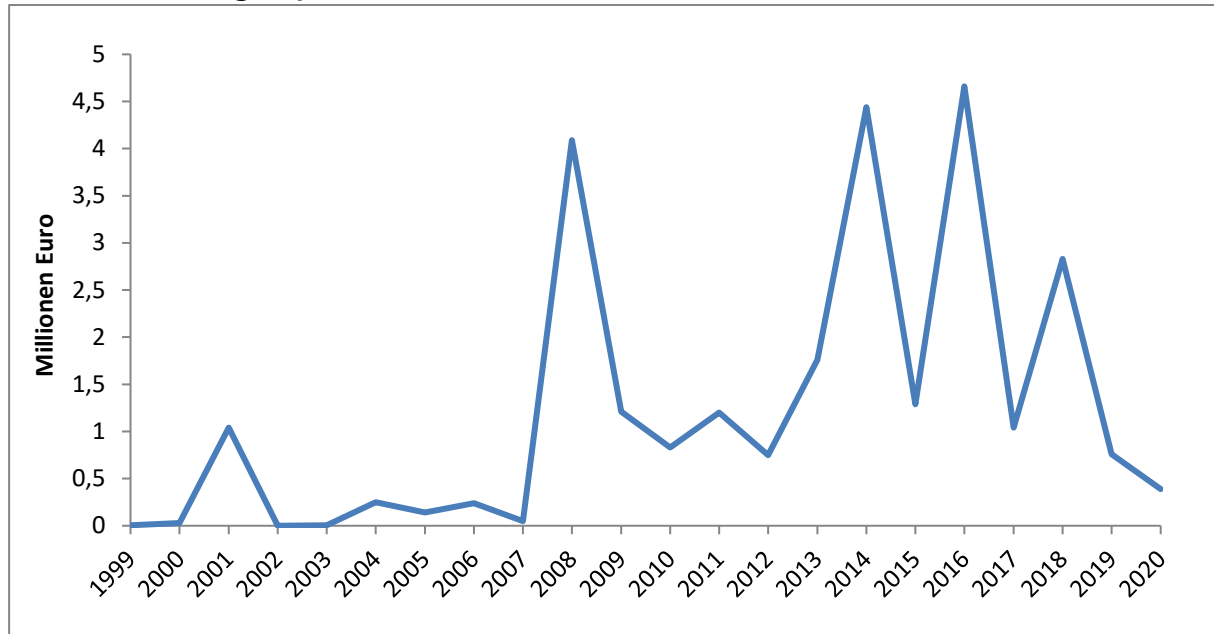
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libanon 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
1	Bremen-2	Patrouillenboot	2007	2007	1	Gebraucht
1	Totendorf	Patrouillenboot	2008	2008	1	Gebraucht; Schenkung

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist kein wichtiger Waffenlieferant für den Libanon. Letzte große Lieferungen beschränkten sich auf zwei Patrouillenboote zwischen 2007 und 2008. Seither wurden dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung zufolge vor allem Nachsichtgeräte und Geländewagen geliefert. So genehmigte die Bundesregierung 2015 die Lieferung von Geländewagen mit Sonderschutz, aber auch von Flugkörperabwehrsystemen, in einem finanziellen Umfang von rund 4,7 Millionen Euro. Auch 2016 bis 2020 wurden

insbesondere Geländewagen mit Sonderschutz geliefert, für die Botschaft bzw. die UN-Mission vor Ort. Darüber hinaus stellte Deutschland für die UN-Mission u. a. Gewehre und Pistolen sowie entsprechende Munition bereit. Im Rahmen der Mission, an der auch die deutsche Bundeswehr beteiligt ist, erhielt der Libanon von Deutschland außerdem eine Kette aus Radarstationen sowie eine Kontrollzentrale, die bis 2013 entlang der Küste errichtet wurden. Das verantwortliche Personal ist von deutschen Marinesoldat:innen ausgebildet worden. So soll die Seeraumüberwachung vor der libanesischen Küste gewährleistet und der Waffenschmuggel eingedämmt werden.

Zudem ist die libanesische Hisbollah im Besitz von G3-Gewehren aus deutscher Lizenzproduktion, die im Iran hergestellt werden. Im Jahr 1967 wurde diese Lizenz an den Iran vergeben.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in den Libanon 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	50	52	74	54	55	285

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

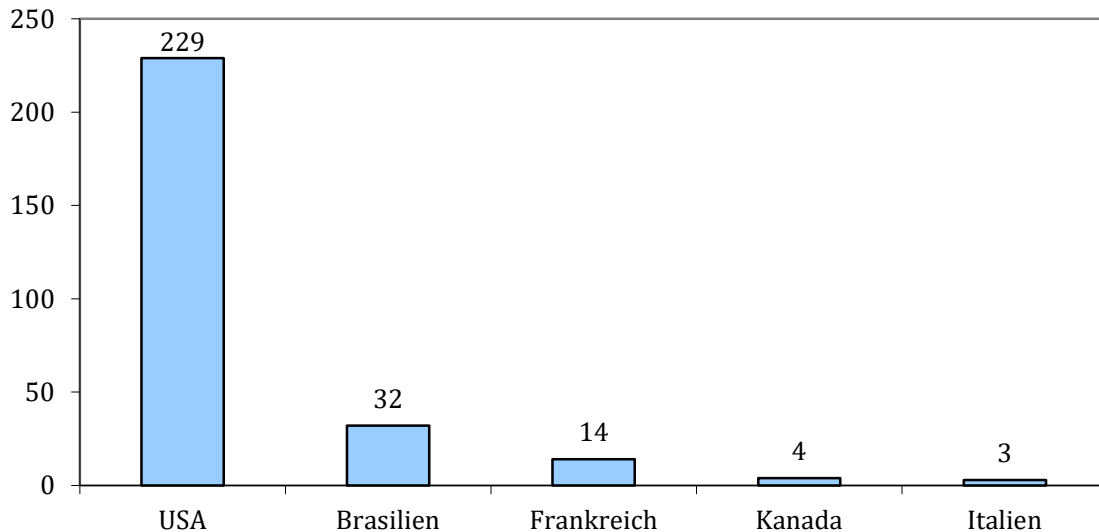
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in den Libanon 2017-2021, Mio. USD

Da Deutschland zwischen 2017 und 2021 keine kompletten Großwaffensysteme nach Libanon lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm der Libanon 2017 bis 2021 die 60. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Gleichzeitig war das Land kein relevanter Exporteur von Rüstungsgütern. Zu den wichtigsten Lieferanten für den Libanon gehörten im Zeitraum 2017 bis 2021 die USA, Brasilien, Frankreich, Kanada und Italien.

Von den USA erhielt der Libanon zwischen 2014 und 2015 150 Hellfire Panzerabwehrraketen sowie 239 weitere Panzerabwehrraketen des Typs TOW, von welchen seither weitere 1.850 geliefert wurden. Auch weitere 1.000 Hellfire-Raketen sowie 2.000 WGU-59 Panzerabwehrraketen wurden von 2019 bis 2021 geliefert. 2015 bestellte der Libanon zudem ein Cessna Transportflugzeug in den USA, das 2016 geliefert wurde. 2014 schloss der Libanon darüber hinaus einen Vertrag mit den USA über die Lieferung von sechs gebrauchten UH-1H Huey Helikoptern ab; diese wurden bis 2017 geliefert. 2020 bestellte der Libanon drei weitere gebrauchte Exemplare. Im August 2016 erhielt der Libanon außerdem Rüstungstechnologie aus den USA im Wert von rund 50 Millionen US-Dollar, darunter 50 bewaffnete Humvee Geländewagen, 40 Stück Artillerie, 50 Granatenwerfer und rund 1.000 Tonnen Munition. In den letzten Jahren stifteten die USA dem Libanon außerdem gepanzerte Personentransporter und andere Vehikel, leichte Hubschrauber sowie sechs ScanEagle Drohnen.

Von Frankreich erhielt der Libanon 2013 neun gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Sherpa und 12 vom Typ VAB-BTT sowie 2015 48 MILAN Raketen. Zudem spendete Frankreich dem Libanon 2017 bis 2019 25 gepanzerte Mannschaftstransporter mit Abschussvorrichtungen für Panzerabwehrraketen vom Typ VCAC Mephisto und 600 Panzerabwehrraketen.

Im Dezember 2013 wurde bekannt, dass Saudi-Arabien dem Libanon finanzielle Unterstützung in Höhe von drei Milliarden US-Dollar zusicherte, die für Bestellungen von Rüstungsgütern in Frankreich vorgesehen waren. Diese massive finanzielle Zusicherung des Königreichs ist im Kontext des regionalen Machtkampfes zwischen Saudi-Arabien und Iran zu verstehen. Das Ziel hinter diesem Drei-Länder-Vertrag war es, die libanesische Armee im Vergleich zur Hisbollah-Miliz zu stärken und die libanesischen Grenzen besser zu kontrollieren. Die geplanten Lieferungen umfassten u. a. sieben Gazelle Helikopter, drei Combattante-4 Schiffe und 100 gepanzerte Mannschaftstransporter. Anfang 2016 wurden die Lieferungen jedoch vorerst ausgesetzt. Grund dafür soll die mangelnde Verurteilung der iranischen Angriffe auf die saudische Botschaft in Teheran von Seiten Beiruts sein.

Brasilien lieferte 2017 im Rahmen eines 30 Mio. Euro-Geschäftes 20 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ VBTP Guarani in den Libanon. Zwischen 2017 und 2018 exportierte es außerdem sechs EMB-314 Super Tucano Kampfflugzeuge in den Libanon. Das Geschäft hierfür belief sich auf 173 Mio. US-Dollar. Italien lieferte in den letzten Jahren drei Falco Drohnen, 20 Dieselmotoren sowie 25 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ LMV und fünf vom Typ MPV-VTTM.

Großbritannien kündigte 2016 an, in den kommenden Jahren den Libanon mit rund 26 Millionen Euro unterstützen zu wollen, um die libanesischen Streitkräfte an der Grenze zu Syrien noch besser für den Kampf gegen den Terrorismus auszubilden. Ähnliche Verlautbarungen gab es 2016 auch von Russland, das zunehmend Militärhilfen für den Libanon leisten möchte. Allerdings lieferte Russland die bereits im Jahr 2010 versprochenen MiG-29 Kampffjets und T-72 Panzer nie aus.

Seit August 2006 besteht ein UN-Waffenembargo gegen den Libanon. Damit werden alle Waffenlieferungen, die nicht entweder von der libanesischen Regierung oder der UNIFIL Mission autorisiert werden, verboten. Dieses Embargo soll verhindern, dass illegale Waffenlieferungen an militante Gruppen wie die Hisbollah stattfinden. Die Verhängung des Embargos gilt als Versuch, den andauernden Konflikt zwischen Israel und dem Libanon zu entschärfen.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

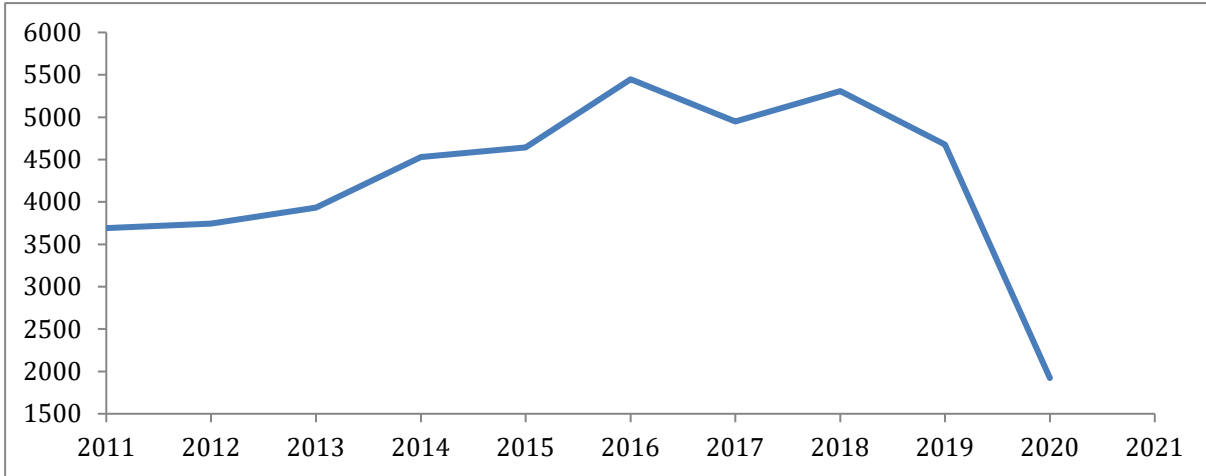
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4950,1	5306,3	4675,7	1921,4	-
Anteil am BIP (in Prozent)	4,5	5,0	4,7	3,0	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	15,1	15,6	15,2	15,78	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

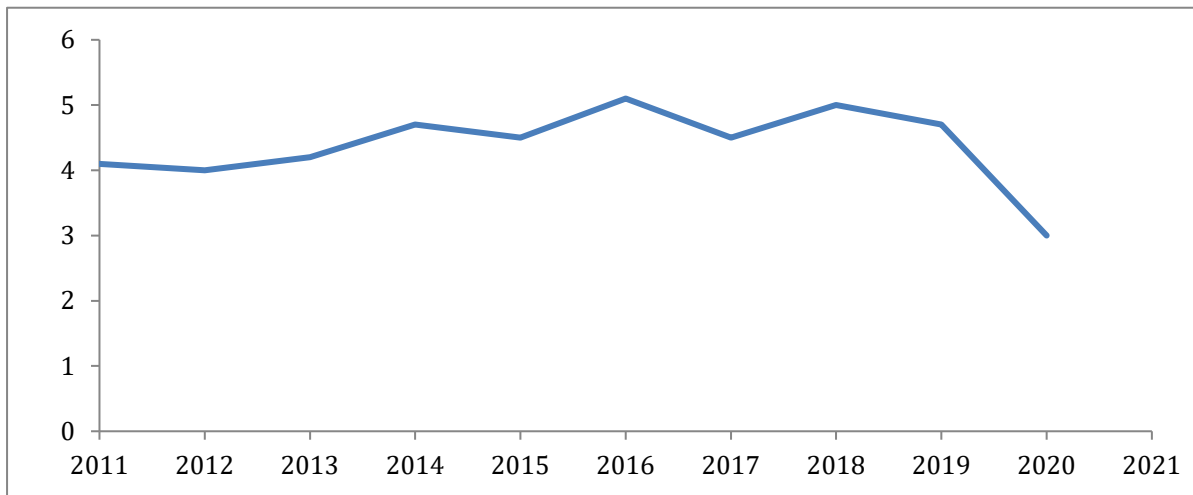


Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Der Libanon verfügt über keine relevante eigene Rüstungsindustrie und ist daher stark auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Das macht ihn zu einem interessanten

Absatzmarkt für Rüstungsgüter. Mehrere Staaten ringen derzeit um Einfluss im Libanon und versuchen, sich als wichtigste Waffenlieferanten durchzusetzen. In diesem Kontext sind unter anderem die USA, Frankreich, Russland und Saudi-Arabien zu nennen. Auf der Verteidigungsmesse „Security Middle East Show“ in Beirut versuchen einige, Geschäfte mit dem Libanon zu machen und neue Verträge über Waffenlieferungen abzuschließen – darunter 2015 auch Polen und Brasilien. In diesem Kontext sollte auch die libanesische Rüstungsindustrie ausgebaut werden, um langfristig nicht mehr so stark von externen Akteuren abhängig zu sein.

Die Militärausgaben im Libanon stiegen von rund 2 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010 auf fast 2,9 Milliarden US-Dollar 2018 enorm an, seither sind sie jedoch wieder stark gesunken (rund 1 Mrd. im Jahr 2020).

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

60.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 56.600

Marine: 1.800

Luftwaffe: 1.600

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: ca. 20.000 davon:

Zentrale Sicherheitskräfte: ca. 20.000

Zoll: k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	60	60	60	60	60	60	60	60	60
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	10,1	9,6	9,2	8,9	8,8	8,7	8,8	8,8	8,9

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Im regionalen Vergleich mit Israel, Ägypten und Jordanien besitzt Libanon mit rund 60.000 aktiven Soldat:innen eine relativ kleine Armee. Durch den Krieg in Syrien wurden die Streitkräfte zuletzt stark gefordert. Da große Teile der Ausrüstung trotz westlicher Unterstützung veraltet waren, wurden umfassende Modernisierungsmaßnahmen angestoßen, um die Operationsfähigkeit der Armee angesichts der zunehmenden regionalen Konflikte zu stärken. Die USA, Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien spielen eine wichtige Rolle für die libanesischen Streitkräfte hinsichtlich Trainings, operativer und materieller Unterstützung. Insgesamt gilt das libanesische Militär im regionalen Vergleich als äußerst gut ausgebildet. Vor dem Syrienkrieg fand die Ausbildung libanesischer Soldat:innen zu großen Teilen entweder in Frankreich oder vor Ort durch französische Offizier:innen statt. Auch die Lebanese Army Military Academy wurde 1921 unter französischem Mandat gegründet. Sie stellt eine der ältesten militärischen Institutionen im Libanon dar. Von 1976 bis 2005 war der Libanon und damit auch die libanesischen Streitkräfte unter militärischer Besatzung Syriens.

Die USA beraten und unterstützen die libanesischen Streitkräfte außerdem bei Militäroperationen. Im Juni 2016 wurde eine umfassende Reform des Sicherheitssektors mit europäischer Unterstützung implementiert, welche die Fähigkeiten der Streitkräfte sowie des Generaldirektorats der Sicherheitskräfte stärken soll. Das Pilotprojekt belief sich auf 30 Monate. Kernziele sind u. a. der Ausbau von Expertise und Training.

Die politischen und wirtschaftlichen Folgen der verheerenden Explosion 2020 im Hafen von Beirut werden die Pläne der nationalen Verteidigungsstrategie voraussichtlich weiter verzögern. Die ökonomische Krise sowie hohe Inflationsraten (mehr hierzu im Kapitel „[Wirtschaftliche und technische Kapazität](#)“) haben jüngst dazu geführt, dass die Gehälter von Soldat:innen nicht rechtzeitig gezahlt werden konnten und zunehmend an Wert verlieren. Es besteht daher die Befürchtung, dass von einigen Soldat:innen alternative Einkommen gesucht werden. Im vergangenen Jahr (2021) stellte die UNIFIL-Mission der LAF daher bereits Nahrung, Kraftstoff und medizinische Güter bereit.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	334	
Aufklärer	55	
Schützenpanzer	56	
Bergepanzer	3	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1378	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Artillerie	641	
Panzerabwehr	148	Zusätzlich u. a. <i>MILAN</i> Panzerabwehrraketen
Drohnen	8	<i>Mohajer 4</i>
Luftabwehr	77	Zusätzlich einige <i>Strela-2M</i> Luft-Boden-Raketen
Minenabwehr	Einige	

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Lange galt das Equipment der Streitkräfte als veraltet, konnte jedoch mit westlicher Unterstützung modernisiert und aufgestockt werden (siehe [Kommentar zu den Waffenkäufen](#)). Derzeit ist das Heer u. a. im Besitz zahlreicher schwerer Panzer und gepanzerter Mannschaftstransportwagen, einiger *MILAN* Panzerabwehrraketen und mehrerer Drohnen des Typs *Mohajer 4*. Dennoch fallen die Streitkräfte hinsichtlich Ausrüstung und Bewaffnung deutlich hinter die *Hisbollah*-Miliz zurück.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	13	
Amphibienfahrzeuge	2	

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Die libanesische Marine ist unter anderem für die Kontrolle der 225 Kilometer langen Küstenlinie zuständig und führt zudem regelmäßig Anti-Schmuggel-Patrouillen sowie Anti-Piraterie-Missionen durch. Sie ist zwar sehr gut ausgebildet, jedoch klein und nur geringfügig ausgestattet. Seit Beginn der UN-Mission stellt die deutsche Bundeswehr der libanesischen Marine daher regelmäßig Schiffe zur Verfügung: In den Jahren 2007 und 2008 erhielt die Marine zwei deutsche Patrouillenboote vom Typ *Bremen-2* und *Totenburg*. Zudem unterstützen deutsche Bundeswehrsoldat:innen die libanesische Marine bei der Küstenüberwachung sowie bei der Kanalisierung und Überwachung des Schiffsverkehrs vor den Haupthäfen. Nachdem im Sommer 2006 das gesamte libanesische Küsten-Radar-System durch israelische Anschläge zerstört worden war, unterstützte Deutschland die Rekonstruktion des Netzwerkes und stellte Siemens-Software zur Verfügung. Darüber hinaus statteten die Vereinigten Arabischen Emirate die libanesische Marine ebenfalls 2007 mit zehn kleinen Schnellbooten für die Küstenüberwachung aus. Wenn der

Libanon jedoch auch nach Beendigung der UNIFIL-Mission dauerhaft die Küstenüberwachung gewährleisten will, dürfte eine weitere Aufrüstung der Marine notwendig sein. Des Weiteren bildet die deutsche Marine seit 2011 in jedem Kadettenjahrgang zwei libanesischen Offiziersanwärter:innen aus. Ausbildungsstandort ist die Marineschule Mürwik bei Flensburg. Auch der Wiederaufbau des bei der Hafexplosion beschädigten Marinestützpunktes wird von Deutschland mitfinanziert.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	3	Alle kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	9	Davon 6 kampffähig
Transporthubschrauber	41	Weitere 18 Transporthubschrauber nicht einsatzfähig
Mehrzweckhubschrauber	15	Weitere 11 Mehrzweckhubschrauber nicht einsatzfähig

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die libanesischen Luftwaffe wurde 1949 ins Leben gerufen und kam insbesondere im Jahr 2007 während der Kämpfe bei Nah el-Bared im Nordlibanon gegen die Terrororganisation Fatah el-Islam zum Einsatz.

Ähnlich wie auch Heer und Marine ist die Luftwaffe abhängig von externen Lieferungen, insbesondere durch die USA. Mit lediglich neun kampffähigen Flugzeugen ist die libanesischen Luftwaffe sehr schwach ausgestattet im Vergleich zu den Nachbarstaaten Israel und Syrien.

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Zentrale Sicherheitskräfte:

60 gepanzerte Mannschaftstransporter

Zoll:

7 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die libanesische Hisbollah wurde ursprünglich zu Zeiten des Libanonkrieges zwischen 1982 und 1985 unter anderem als paramilitärische Widerstandsgruppe gegen die israelische Besatzung im Land gegründet und ging aus verschiedenen schiitischen Gruppen hervor, die vom Iran unterstützt wurden. Nach dem Verschwinden des schiitischen Gelehrten Musa al-Sadr, der die Partei AMAL entweder führte oder ihr zumindest sehr nahestand, kam es zu Nachfolgestreitigkeiten und Debatten, ob die tendenziell eher säkular ausgerichtete AMAL religiöser ausgerichtet werden sollte. Die hieraus abgespaltene Hisbollah setzte somit ein wesentlich religiöseres Programm, allerdings auch einige extensive Sozialprogramme durch, welche von staatlicher Seite so nicht geboten werden konnten. Die Hisbollah verfolgte somit auch den Anspruch, die Situation der stark benachteiligten Schiit:innen zu verbessern und stellt somit eine tief verwurzelte lokale Bewegung dar.

Führend für die Organisation ist seit 1992 der schiitische Geistliche Hassan Nasrallah. Das ursprüngliche Ziel der Hisbollah war die Errichtung eines islamischen Staats im Libanon nach iranischem Vorbild – ein Ziel, das inzwischen revidiert wurde. Die Hisbollah ist stark antizionistisch geprägt und spricht dem jüdischen Staat Israel bis heute das Existenzrecht ab. Einer UN-Resolution aus dem Jahr 2004, der zufolge die Hisbollah ihre Waffen abgeben sollte, wurde nie Folge geleistet. Von Israel, den USA, Großbritannien und Kanada sowie seit 2019 auch von Deutschland wird sie als Terrororganisation eingestuft. Die Hisbollah kämpft seit 2013 an der Seite der Assad-Truppen und mit iranischer Unterstützung in Syrien. Sowohl die Hisbollah als auch das Assad-Regime werden durch den Iran unterstützt – und sind somit Mitglieder einer Allianz. Mit dem Erhalt des Assad-Regimes werden ein wichtiger Verbündeter im Nachbarland sowie hierdurch garantierte Versorgungsrouten zum Iran erhalten. Für den Fall, dass das alawitische Baath-Regime stürzt, soll ein Gebiet innerhalb Syriens bestehen bleiben, dessen Führung der Hisbollah und dem Iran gegenüber freundlich gesinnt ist. Darüber hinaus legitimiert Nasrallah die Kampfteilnahme in Syrien offiziell mit dem Verweis auf die Pflicht, Libanons Grenzen zu sichern, das Land vor radikal-sunnitischen Gruppen zu schützen, sowie schiitische Pilgerstätten in Syrien zu schützen. Gegner:innen der Hisbollah innerhalb des Libanon werfen der Miliz hingegen vor, den Krieg in Syrien auf libanesisches Territorium zu ziehen und die Belastbarkeit Hisbollahs durch das Entsenden von Kämpfer:innen nach Syrien überzustrapazieren. Tatsächlich kam es im Libanon regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Gegner:innen und Unterstützer:innen des Assad-Regimes und affilierter libanesischer Bevölkerungsteile. Auch im Jemen-Krieg sind mittlerweile nachweislich libanesische Waffen und Ausbilder:innen der Hisbollah an der Seite der schiitischen Huthi-Rebell:innen im Einsatz.

Box 3

Peacekeeping

Libanon nimmt an keinen Friedensmissionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Mit dem Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon im Jahr 2005 begann eine umfassende Neuorientierung und -definition der Rolle der Lebanese Armed Forces (LAF). Der anschließende Krieg ab 2006 zwischen der Hisbollah und Israel, die Remilitarisierung der Gesellschaft sowie zunehmende Terrorbedrohungen stellten die LAF vor große Herausforderungen. Gleichzeitig genoss sie als eine der wenigen staatlichen Institutionen im post-syrischen Libanon Rückhalt in der Bevölkerung als vereinende Institution, in der durch zahlreiche Konfessionen und ethnische Gruppierungen fragmentierten libanesischen Gesellschaft. Für viele Libanes:innen stellten die LAF eine Konstante in unruhigen Zeiten sowie inneren und äußeren Konflikten dar. Die Streitkräfte präsentieren sich mit dem Anspruch, möglichst repräsentativ für die libanesische Gesellschaft zu sein und sich von religiös-politischen Konflikten abzugrenzen. Mit dem Versuch, die Interessen aller Gruppen im multikonfessionellen Libanon zu berücksichtigen, kommt dem libanesischen Militär eine schwierige Aufgabe zu. Tausende Fälle von „Verschwindenlassen“ durch die libanesischen Streitkräfte während des Bürgerkriegs (1975 – 1990) sind bis heute allerdings Großteiles ungeklärt.

Ein faktisches Monopol auf die Verteidigung des Landes können die staatlichen Streitkräfte jedoch nicht beanspruchen – die Hisbollah verfügt über eine bessere Ausstattung und mehr Kampferfahrung. Die Miliz gründete sich ursprünglich in den 1980er Jahren unter anderem zur Verteidigung des Landes gegen Israel und wird daher durch den Iran massiv mit Waffen beliefert. Seit längerem trägt sie aber auch zur Militarisierung innerlibanesischer Konflikte bei, etwa im Mai 2008, als die Hisbollah Teile Beiruts besetzte, nachdem die damalige Regierung ihre Kommunikationsnetzwerke für illegal erklärt hatte. Es kam zu Unruhen, bei denen 67 Menschen starben. Die Streitkräfte gelten als zu schwach, um sich dauerhaft gegen die Hisbollah durchzusetzen, denn die Hisbollah, die zwar innenpolitisch stark umstritten ist, gilt als die einzige bewaffnete Gruppe, welche den Libanon gegen eine mögliche Invasion von außen schützen kann. Zur langfristigen Stabilisierung und politischen Konsolidierung des Landes wäre deshalb die Einbindung der Hisbollah notwendig. Allerdings wird das Engagement der Miliz in Syrien von vielen gesellschaftlichen Akteuren kritisiert und seine Beendigung zur Voraussetzung hierfür gemacht.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,5	1,6	1,9	1,8	1,4

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Neben dem Militär und der Hisbollah existieren im Libanon Interne Polizei- und Sicherheitskräfte (Internal Security Forces, ISF), deren Befugnisse sich über das gesamte Staatsgebiet erstrecken. Die Aufgaben der ISF teilen sich in drei große Bereiche auf: Administration, Rechtsschutz und sonstige Unterstützung. Die übergeordneten Aufgaben sind dabei die Wahrung der internen Sicherheit und Stabilität, die Terrorbekämpfung, insbesondere in Grenzgebieten zu Syrien, und der Schutz der eigenen Bevölkerung. Insbesondere durch die zunehmende Bedrohung durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) an der Grenze zu Syrien sowie terroristische Bedrohungen im Inland kommt den Sicherheitskräften eine wichtige Aufgabe beim Bevölkerungsschutz zu. Zu den ISF zählen unter anderem lokale Polizeikräfte, die Rechts- sowie die Beiruter Polizei. Seit 2006 wurden die Einheiten stark vergrößert und besser ausgestattet, da ähnlich wie bei den Streitkräften erhebliche Mängel bezüglich der Ausrüstung und Fähigkeiten der ISF bestanden. In diesem Zuge wurden u. a. Investigativteams zur Verbrechensaufklärung gebildet, moderne Trainingscenter gebaut und die Sicherheitskräfte grundlegend neu strukturiert und organisiert. Im Juni 2015 gerieten die ISF öffentlich in Kritik, als Videos erschienen, die Folter im Roumieh Gefängnis in Nordbeirut durch ISF-Mitglieder zeigten. Der damalige Innenminister Nouhad Machnouk bestätigte die Authentizität der Videos; ISF-Mitglieder wurden vor Gericht gestellt. 2018 wurde ein weiterer Fall von Menschenrechtsverletzungen durch ISF-Mitglieder publik. Laut Human Rights Watch (HRW) haben ISF-Mitglieder Ende 2018 Hassan al-Dika verhaftet, der später von Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam berichtete. Im selben Jahr verwies Human Rights Watch auf den Fall von Ziad Itani, der eigenen Aussagen zufolge von libanesischen Sicherheitskräften entführt und gefoltert wurde. HRW kritisiert, neben den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch ISF-Angehörige, vor allem auch, dass Untersuchungen in derartigen Fällen nicht oder nur mangelhaft erfolgen würden.

2016 versprach Großbritannien, die ISF mit rund 13 Millionen Pfund zu unterstützen. Mit diesem Geld sollen vor allem die lokalen Polizeikräfte modernisiert und professionalisiert werden; geplant sind u. a. der Bau neuer Polizeistationen sowie die Unterstützung der Polizeiakademie. 2007 hatten die USA die ISF bereits mit 60 Millionen US-Dollar gefördert, um insbesondere die Einheiten an der syrischen Grenze besser auszubilden. Im April 2016 sicherten die USA den libanesischen Sicherheitskräften weitere 49 Fahrzeuge zu.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Obwohl der Libanon einigen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten ist, steht die Ratifizierung verschiedener Verträge noch aus. Dabei handelt es sich um den Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972, die Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978, die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983 sowie die Anti-Personenminen-Konvention von 1999. Wichtig war insbesondere die Unterzeichnung des Übereinkommens über Streumunition von 2010. Bis Ende 2014 konnten rund 27 Hektar im Norden des Libanon von Anti-Personenminen befreit werden, dennoch sollen weiterhin etwa 3.000 Hektar durch Anti-Personenminen und 1.700 Hektar durch Streubomben kontaminiert sein.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020**

Lebanon is a parliamentary republic based on the 1943 National Pact, which apportions governmental authority among a Maronite Christian president, a Shia speaker of the Chamber of Deputies (parliament), and a Sunni prime minister. The law officially recognizes 18 religious sects or confessions. In 2016 parliament elected Michel Aoun to the presidency, ending more than two years of political deadlock. Following the 2017 passage of the new electoral law, the government held parliamentary elections in 2018 after parliament had extended its legal term three times between 2013 and 2017. The elections were peaceful and considered generally free and fair. Following weeks of mass protests, then prime minister Saad Hariri resigned in October 2019, and a new government under Prime Minister Hassan Diab was formed on January 22. After a devastating explosion on August 4 at the Port of Beirut killed more than 200 persons and injured more than 6,500 others, triggering another wave of street protests, Diab resigned August 10. On August 31, Mustapha Adib was designated prime minister, but on September 26, he resigned after failing to form a cabinet. On October 22, former prime minister Saad Hariri was again designated as prime minister to form a new cabinet, but the government formation process continued at year's end. The Internal Security Forces, under the Ministry of Interior, are responsible for law enforcement. The Directorate of General Security, also under the Ministry of Interior, is responsible for border control but also exercises some domestic security responsibilities. The Lebanese Armed Forces, under the Ministry of Defense, are responsible for external security but are authorized to arrest and detain suspects on national security grounds. The Lebanese Armed Forces also arrested alleged drug traffickers, managed protests, enforced building codes related to refugee shelters, and intervened to prevent violence between rival political factions. The General Directorate of State Security, reporting to the prime minister through the Higher Defense Council, is responsible for investigating espionage and other national security matters. The Parliamentary Police Force reports to the speaker of parliament and is tasked with protecting parliament premises as well as the speaker's residence in Ain al-Tineh. Both the Internal Security Forces and the Lebanese Armed Forces provide units to the Parliamentary Police Force. Civilian authorities maintained control over the government's armed forces and other security forces, although Palestinian security and militia forces, the designated foreign terrorist organization Hizballah, and other extremist elements operated outside the direction or control of government officials. Members of security forces committed some abuses. The Syrian conflict affected the country economically and socially. Over the past nine years, the conflict has generated an influx of more than one million Syrian refugees and strained the country's already weak infrastructure and ability to deliver social services.

Significant human rights issues included: allegations of torture by security forces; arbitrary arrest or detention, including excessive periods of pretrial detention by security forces; serious political interference with the judiciary; serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including violence, threats of violence or unjustified arrests or prosecutions against journalists, censorship, and the existence of laws criminalizing libel; refoulement of refugees; high-level and widespread official corruption; and criminalization of lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex status or conduct. Although the legal structure provides for prosecution and punishment of officials who committed human rights abuses, enforcement remained a problem, and government officials enjoyed a measure of impunity for human rights abuses, including evading or influencing judicial processes. The country suffers from endemic corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/libanon/>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

The authorities continued to repress the protest movement that began in October 2019 through repeated summonses of activists to security and military institutions on charges of criminal defamation, as well as the use of excessive force against largely peaceful protesters, including with live ammunition, tear gas and rubber bullets. State officials rejected calls for an international investigation into a devastating explosion at the Port of Beirut. Torture complaints remained without effective investigation. Due to the economic crisis and COVID-19, dozens of migrant domestic workers were fired and found themselves trapped without passports or pay; the Ministry of Labour adopted a revised, standard unified contract for migrant workers that included new protections for migrant domestic workers, including vital safeguards against forced labour, but a judicial review body suspended its implementation.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021:
<https://www.amnesty.org/en/location/middle-east-and-north-africa/libanon/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Libanon auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 29/60

Politische Rechte: 13/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (42/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Lebanon's political system ensures representation for its officially recognized religious communities, but limits competition and impedes the rise of cross-communal or civic parties. While residents enjoy some civil liberties and media pluralism, they also suffer from pervasive corruption and major weaknesses in the rule of law. The country's large population of noncitizens, including refugees and migrant workers, remain subject to legal constraints and societal attitudes that severely restrict their access to employment, freedom of movement, and other fundamental rights.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/lebanon/freedom-world/2022>

Kommentar

Der Libanon ist, mit Ausnahme des Fakultativprotokolls zum CEDAW, allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Im regionalen Vergleich ist das Land größtenteils demokratisch und rechtsstaatlich organisiert; weder Presse- noch Meinungsfreiheit werden eingeschränkt. Fälle von unfairen Gerichtsverfahren durch Militärgerichte, etwa gegenüber der Spionage angeklagten Zivilist:innen, schränkten die Rechtsstaatlichkeit in der Vergangenheit jedoch oftmals ein.

Auch zu Verletzungen der Menschenrechte kommt es in libanesischen Gefängnissen, deren Haftbedingungen nicht den internationalen Maßstäben entsprechen. Die palästinensischen Geflüchteten, welche teilweise schon seit 1948 im Land leben, genießen wie andere Minderheiten weiterhin nicht dieselben Rechte wie Libanes:innen. Auch Frauen werden noch immer nicht die gleichen Rechte zugestanden wie Männern. So warf Human Rights Watch 2015 den für Familienfragen (u. a. Scheidung- und Sorgerechtsangelegenheiten) zuständigen religiösen Gerichten im Libanon die Diskriminierung von Frauen vor. Amnesty International kritisierte zudem im Jahresbericht 2015/16 Gewaltanwendung durch die libanesischen Sicherheitskräfte. Diese gingen unter anderem im August 2015 massiv gegen Demonstrierende vor; rund 300 Menschen wurden verletzt. Auch Human Rights Watch dokumentiert regelmäßig Menschenrechtsverstöße von Mitgliedern der libanesischen Sicherheitskräfte. Auch die Situation syrischer Geflüchteter im Libanon ist weiterhin prekär und wird von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen kritisiert. So wird unter anderem angeprangert, dass rund 500.000 syrische Kinder im Libanon keine Schulbildung erhalten. Der Libanon hat die Genfer Flüchtlingskonvention bisher auch nicht unterzeichnet.

Im Libanon gilt weiterhin die Todesstrafe. Todesurteile werden zwar weiterhin verhängt, derzeit aber nicht umgesetzt. Die letzten Vollstreckungen wurden im Jahr 2004 vollzogen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

The two years between February 2017 and January 2019 have been significant, despite only producing minor changes in the political and economic landscape of Lebanon. The structural situation of the country in terms of status and governance has not significantly changed. There have been developments regarding Lebanon's democratic record. The approval of a long overdue electoral law in 2017 marked the end of a protracted period of institutional paralysis in which parliamentary elections had been postponed since 2013. Concerns about security and stability were among the (seldom credible) justifications for the postponement of elections amidst the increasing impatience of the Lebanese public. The parliamentary elections held in May 2018 marked the return of Lebanon to a path of electoral consultation. Several independent candidates participated in the elections along with the usual political groups. International observers have assessed the elections as having been satisfactory in their respect of procedures. The results of the elections reaffirmed the power of traditional political groups. Though the balance of parliamentary power has slightly shifted in the favor of the alliance between Hezbollah, AMAL and the Free Patriotic Movement. The Free Patriotic Movement increased its parliamentary seats. Though one of the main changes from the previous legislature was that its main competitor, the Lebanese Forces, almost doubled its presence in parliament. Saad Hariri, the incumbent prime minister who had announced his resignation from Saudi Arabia in December 2017 only to return to office in early 2018, was able to form a new government in early 2019 following nine months of protracted negotiations. The government composition reflects the typical power-sharing agreement between the country's dominant groups. The current government stands out for including four female ministers, including the key minister of the interior. The parliament has for the sixth time re-elected Nabih Berri as its speaker, while the deputy chair is a prominent pro-Syrian politician – a sign of the return of Syrian influence in Lebanese politics. The regional context constitutes the main aspect of change between 2017 and 2019. The latest developments in the Syrian conflict and the progressive restoration to power of Bashar al-Assad's Syrian regime (although weakened by years of conflict) has had significant repercussions on Lebanon, which has been under the influence of Damascus for decades. The Lebanese government will be under pressure from within and without to re-establish close ties with Damascus. The Lebanese foreign minister and sympathizers of al-Assad have made several declarations calling for the restoration of normal relations, which were never fully severed in any case. Yet, other political movements, such as al-Mustaqbal, will be more reluctant to normalize relations with Syria. The public, as well as the government, have stated the need for Syrian refugees to return to their home country. The UNCHR reported that about 30,000 Syrian refugees in Lebanon have already returned to Syria – a sign of a possible process of return, despite the insecurity in Syria, the protraction of the conflict and widespread destruction.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen

durchgeführt wurden, liegt der Libanon auf Platz 154 (2020: Platz 149), zusammen mit der Zentralafrikanischen Republik und Nigeria. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

2005 war ein einschneidendes Jahr für den Libanon – seither kommt es zu wiederholten Regierungskrisen und Phasen des politischen Stillstandes. Die Regierung wurde in den vergangenen Jahren immer wieder aufgelöst. Auslöser war damals das tödliche Attentat auf Rafiq al-Hariri, den ehemaligen Premierminister des Landes. Infolgedessen kam es zu massiven Protesten im Land, die unter anderem den Abzug der im Land stationierten syrischen Soldat:innen sowie Neuwahlen bewirkten. Weiterhin wurde ein UN-Sondertribunal errichtet, um diejenigen vor Gericht zu stellen, die das Attentat auf al-Hariri zu verantworten hatten. Stand anfangs vor allem das syrische Regime unter Verdacht, das Attentat geplant zu haben, mehrten sich im Laufe der Jahre die Hinweise auf eine Verwicklung der Hisbollah. Mittlerweile sind fünf Hisbollah-Mitglieder angeklagt. Hassan Nasrallah, Chef der Hisbollah-Miliz, bezeichnete den Anschlag sowie seine Aufarbeitung jedoch als israelisches Komplott und lehnt jede Zusammenarbeit vor Gericht ab. Im Jahr 2020 wurde das erste angeklagte Mitglied von dem Tribunal verurteilt.

Seit 2005 ist das Land in zwei Bewegungen gespalten: Die Allianz des 8. März sowie die Allianz des 14. März (benannt nach einer Großdemonstration in Befürwortung der syrischen Präsenz im Libanon am 8. März 2005 sowie einer Großdemonstration gegen die syrischen Truppen am 14. März 2005). Die wichtigsten Mitglieder des 8. März sind die Hisbollah und die Amal Partei. Der 14. März wird vor allem durch die Zukunftsbewegung unter al-Hariris Sohn Saad al-Hariri angeführt. Die Allianzen unterscheiden sich zum einen durch ihre unterschiedliche Bewertung des UN-Sondertribunals für den Libanon. Zum anderen haben sie verschiedene regionale Verbündete. Saudi-Arabien unterstützt den 14. März, der Iran den 8. März. Auch der Status der Hisbollah als bewaffneter Akteur stellt einen wesentlichen Konfliktfaktor seit 2005 dar; die Allianz des 14. März fordert die Umsetzung des Gewaltmonopols des Staates und die Entwaffnung der Hisbollah. Seit 2011 werden diese innenpolitischen Konflikte durch den Syrienkrieg und die zunehmende Gewalt durch radikale Gruppierungen verschärft.

Angesichts dieser Konflikte und politischen Instabilitäten zeigt sich, dass das politische System des Libanons ein grundlegendes Problem darstellt. Es ist von einer konkordanzdemokratischen Verfassung geprägt, die eine Verteilung der politischen Macht nach konfessionellen Gesichtspunkten vorsieht. Diese Konkordanzdemokratie ist auf den Konsens der religiös-heterogenen Gesellschaft ausgerichtet. Allerdings werden diese Prinzipien, die einst dazu dienten, die tief gespaltene Gesellschaft im Anschluss an den Bürgerkrieg zu befrieden und die Demokratie zu fördern, inzwischen durch den Einfluss Saudi-Arabien und Irans sowie die korrupten politischen Eliten mit ihren widerstreitenden Interessen untergraben. Weder wird der konfessionelle Verteilungsschlüssel des Systems regelmäßig an die demografischen Verhältnisse angepasst, noch wird die Konfessionslosigkeit oder der säkulare Charakter der Politik gefördert. Die Politik des Landes steht unter dem regelmäßigen Einfluss der Konflikte zwischen den genannten Lagern und der hierdurch entfalteten politischen Blockaden. Zwischen 2009 und 2018 wurde kein Parlament gewählt. Nach 2014 war das Amt des:der Staatspräsident:in lange vakant, weil sich die

Parteien auf keine:n Amtsträger:in einigen konnten, was das Machtvakuum im Land vergrößerte. Zwar gelang es anschließend, in einem fast elfmonatigen Prozess eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die sowohl Vertreter:innen der schiitischen Hisbolah als auch sunnitische Kräfte miteinschließt. Auch wurde im Oktober 2016 mit Michel Aoun wieder ein Präsident gewählt, nachdem der Libanon zuvor 29 Monate ohne Staatsoberhaupt war. Doch der Konflikt im benachbarten Syrien schwächt die Regierung und reißt alte Gräben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wieder auf (mehr dazu im Kapitel [Politische Situation in der Region](#)).

Nicht nur die gesellschaftliche Aufarbeitung der Bürgerkriegsvergangenheit, sondern auch die Wirtschaft leidet unter diesen starken politischen Spannungen. So wird die Regierung kritisiert, die Infrastruktur des Landes zu vernachlässigen. Es kommt regelmäßig zu Stromausfällen. Bei der Müllkrise im Sommer 2015 wurde die wichtigste Deponie des Landes geschlossen, woraufhin der Abfall wochenlang auf den Straßen liegen blieb.

Aus dieser Misswirtschaft heraus – neben der enormen Staatsverschuldung stellen Stromknappheit sowie die Müll- und Umweltkrise weiterhin erhebliche Probleme dar – resultierten 2019 in landesweiten Protesten, die sich auch gegen die Korruption der politischen Elite richteten. Eine Folge war der Rücktritt des Ministerpräsidenten Saad Hariri im Oktober 2019. In der Hauptstadt Beirut kam es bei Protesten mehrfach zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und den Sicherheitskräften, wobei mehrere Menschen verletzt wurden. Auch 2020 setzten sich die gesellschaftlichen Proteste gegen die Regierung weiter fort, nachdem es am 4. August 2020 im Hafen von Beirut zu einer Explosion gekommen war. Bei der Explosion wurden mindestens 190 Menschen getötet und etwa 6.500 verletzt. Als Auslöser gelten ungesichert gelagerte Nitratvorräte; für viele Libanes:innen ein erneutes Zeichen von Misswirtschaft, Korruption und fehlendem Verantwortungsbewusstsein der Regierung und Verwaltung. Erneut zeigte sich die Regierung unfähig die Krise zu bewältigen. Nach landesweiten Protesten trat am 10. August die nächste Regierung zurück. Politische Streitigkeiten über eine Untersuchung zu der Explosion im Beirut-Hafen spitzten sich im Oktober 2021 zudem zu, als Scharfschützen auf Protestierende schossen und bei hieraus resultierenden Straßenschlachten mehrere Menschen getötet wurden. Die Ausschreitungen gelten als die schlimmsten seit mehr als 10 Jahren. Das generelle Staatsversagen führte im Zuge der Corona-Pandemie zudem zu akuten Engpässen bei Medikamenten und Treibstoffen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Der Libanon liegt in Vorderasien am östlichen Mittelmeer und grenzt im Süden an Israel sowie im Norden und Osten an Syrien. Im Westen des Landes erstreckt sich die 225 Kilometer lange Küstenlinie. Nahe der libanesischen Küste liegt die Insel Zypern. Mit seiner direkten Nähe zu Syrien und Israel sowie mittelbar auch zu Ägypten und der Türkei liegt der Libanon in einer politisch sehr angespannten Region, die von zahlreichen Kriegen, Konflikten und Bürgerkriegen beherrscht wird.

Politische Situation in der Region

Syrien

Insbesondere der Krieg in Syrien verschärft die Sicherheitslage im Land und stellt ihn vor die härteste Zerreißprobe seit dem Ende des Bürgerkrieges 1990. Was als Protest gegen die Inhaftierung bzw. das Verschwinden von 15 Minderjährigen aufgrund regimekritischer Graffitis im März 2011 in der syrischen Stadt Daraa begann, ist inzwischen nicht nur zu einem Bürger-, sondern zu einem regelrechten Stellvertreterkrieg eskaliert, dessen Auswirkungen weit über die Grenzen zu spüren sind. Auf der einen Seite kämpfen Regierungstruppen und affilierte Milizen unter der Führung von Staatspräsident al-Assad, auf der anderen Seite eine Vielzahl oppositioneller Gruppen mit verschiedenen Zielen. Ursprünglich wandte sich die Protestbewegung gegen die über 40 Jahre währende Diktatur im Land und forderte demokratische Reformen. Beide Seiten werden von anderen Staaten oder Gruppen aus dem Ausland massiv unterstützt. Das Oppositionsbündnis *Higher Negotiations Committee* fordert den sofortigen Rücktritt des Präsidenten al-Assad, während das Regime die Oppositionellen weiterhin als bewaffnete Terrorist:innen bezeichnet, die keinerlei Legitimität besäßen, und Aufrufe zu Reform ablehnt. Inzwischen sind in diesem Krieg mehr als 600.000 Menschen, darunter circa 55.000 Kinder, gestorben. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR geht davon aus, dass mehr als sechseinhalb Millionen Geflüchtete Zuflucht im Ausland gesucht haben. Fast sieben Millionen Menschen seien zudem innerhalb Syriens auf der Flucht. Damit wurde mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung von ihrem Wohnort vertrieben (zu Beginn des Krieges lebten in Syrien 21,3 Mio. Menschen).

Im Libanon hat die sunnitische, von der saudisch-libanesischen Hariri-Familie geführte Zukunftsbewegung Partei für Teile der Opposition ergriffen und sich um deren Rekrutierung im Libanon sowie Beschaffung der Ausrüstung bemüht. Demgegenüber kämpft die schiitische Hisbollah seit Herbst 2012 verdeckt und seit Mai 2013 offen auf Seiten des syrischen Regimes. Dabei kooperiert die Miliz eng mit den iranischen Revolutionsgarden. Der Krieg in Syrien, der auch als Stellvertreterkrieg zwischen den beiden Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien gilt, spaltet zunehmend auch die libanesischen Sunnit:innen und Schiit:innen. Seit 2013 hat sich die Lage im Libanon massiv verschlechtert, es kommt regelmäßig zu Anschlägen und Konfrontationen zwischen gewaltbereiten Akteuren. Darüber hinaus sind Millionen Syrer:innen in den Libanon geflüchtet, was für das ohnehin chronisch unterfinanzierte Sozialsystem des Landes eine große Belastung darstellt, da hierdurch die Bevölkerung im Land von ca. 4 auf über 5 Mio. Menschen anstieg.

Israel – Palästina

Ein weiterer Konflikt in der Region ist der anhaltende israelisch-palästinensische Konflikt. Im Kern geht es dabei um territoriale Ansprüche auf das Gebiet zwischen Jordan und dem Mittelmeer. Der im Jahr 1948 gegründete Staat Israel erstreckt sich inzwischen über 78 Prozent dieses Gebiets; die Palästinenser:innen beanspruchen jedoch ihrerseits einen eigenen unabhängigen Staat auf den Gebieten des Westjordanlands, Ost-Jerusalems und Gazas. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Israel erkennt die Autonomiebestrebungen Palästinas nicht an und verfolgt weiterhin den Siedlungsbau im Westjordanland. Die islamistische Hamas im Gazastreifen hingegen feuert immer wieder Raketen auf Israel ab, dessen Existenzrecht sie nicht anerkennt – Israel hingegen bombardiert zugleich palästinensische Gebiete. 1982 führte der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser:innen zum Krieg im Libanon. Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, die im Südlibanon ansässig war, unternahm von dort aus militärische Aktionen

gegen Israel. Als Reaktion auf die Angriffe der PLO marschierte die israelische Armee in den Libanon ein. Nur durch Vermittlung der USA, die den Abzug der PLO aus dem Libanon und den Rückzug Israels zur Folge hatte, konnte der Krieg zwischen beiden Ländern beendet werden.

Offene Streitpunkte sind weiterhin der israelische Siedlungsbau auf palästinensischem Gebiet, der Grenzverlauf zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten sowie die Frage um einen eigenständigen Staat Palästina. Die Verhandlungen zur Lösung dieser Probleme standen bis 2013 weitgehend still, bis US-Außenminister John Kerry erneute Friedensverhandlungen anstieß. Schon 2014 wurden die Gespräche jedoch als Reaktion auf die Einigung zwischen den palästinensischen Organisationen Hamas und Fatah, eine Einheitsregierung zu bilden, abgebrochen, weil Israel die Hamas als Terrororganisation einstuft. Im Sommer 2014 kam es infolgedessen zu erneuten gewaltsamen Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Israel und der Hamas. Israel startete eine Bodenoffensive, um das Tunnelsystem der Hamas in Gaza zu zerstören, über das die Kämpfer:innen nach Israel gelangen konnten. Erst Anfang 2016, als Israel und Ägypten politisch näher zusammenrückten, wurden erneut Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen laut. Im Mai 2021 brachen zuletzt wieder offen ausgetragene Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hamas aus, bei denen auch Raketen eingesetzt wurden und die seither, trotz des zwischenzeitlich beschlossenen Waffenstillstands, anhalten. Auslöser waren dabei mehrere Ereignisse wie etwa eine erneute Absage von Wahlen in Palästina bei fast gleichzeitigem Scheitern einer Regierungsbildung unter Benjamin Netanjahu.

Grenzkonflikte

Der Libanon befindet sich in einem anhaltenden Grenzkonflikt mit Israel, bei dem es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt. Bei den umkämpften Gebieten handelt es sich um die sogenannten Shebaa-Farmen, die von Israel 1967 im Sechstage-Krieg von Syrien erobert wurden, aber weiter vom Libanon beansprucht werden. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Konflikt die schiitische Hisbollah-Miliz, die seit dem israelischen Rückzug im Jahr 2000 den Süden des Landes kontrolliert und die Angriffe auf Israel so lange fortsetzen will, bis die Shebaa-Farmen offiziell dem Libanon zugesprochen werden. 2006 eskalierten die Spannungen zwischen Israel und dem Libanon im sogenannten israelisch-libanesischen Krieg, der überwiegend zwischen Israel und der Hisbollah ausgetragen wurde. Ein weiterer Konflikt, ebenfalls mit Israel, besteht um die noch nicht festgelegten Seegrenzen zwischen den libanesischen und den israelischen Hoheitsgewässern. Diese wurden insbesondere durch die Entdeckung natürlicher Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer relevant, um dessen Besitz sich Israel und der Libanon nun streiten. Beide Konfliktpartner beanspruchen unterschiedlich große Territorien im Mittelmeer für sich, die sich teils überlappen. Im Jahr 2020 kam es jedoch, vermutlich auf Druck der USA, zu ersten Verhandlungen zwischen beiden Staaten. Diesen sollen weitere Gesprächsrunden folgen.

Regionale Rüstungskontrolle

Vergangene Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren, sind bislang an der durch die anhaltenden Konflikte bedingten

mangelnden Bereitschaft der Staaten in der Region, in Beratungen darüber einzusteigen, gescheitert. So wird seit Jahrzehnten, insbesondere von Ägypten, vergeblich die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone in der Region gefordert. Bis heute jedoch konnten sich die Staaten der Region nicht darauf einigen, eine solche Zone zu etablieren.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der UNIFIL-Mission sind alliierte Streitkräfte im Libanon stationiert. Insgesamt umfasst die Mission rund 10.300 Soldat:innen (Stand: 2021) sowie rund 800 zivile Personen aus 46 Ländern, darunter 138 deutsche Bundeswehrsoldat:innen (die Mandatsobergrenze des Deutschen Bundestags liegt bei 300). Die UNIFIL-Mission ist vornehmlich in den libanesischen Hoheitsgewässern vor der Küste im Einsatz und überwacht dort die Einhaltung des Waffenstillstands an der 120 Kilometer langen „Blue Line“ zwischen Israel und dem Libanon. Gleichzeitig soll Waffenschmuggel über den Seeweg verhindert werden. Die Mission besteht seit rund 40 Jahren und ist somit eine der ältesten friedenserhaltenden Einsätze der Vereinten Nationen. Gleichzeitig war sie die erste maritime UN-Mission. Die deutsche Bundeswehr beteiligt sich jedoch erst seit 2006 daran.

Derzeit werden die Schiffe der UNIFIL-Mission von Deutschland (eine Fregatte), der Türkei, Indonesien, Bangladesch, Brasilien und Griechenland gestellt. Die im Rahmen von UNIFIL geführten sogenannten „Dreiparteiengespräche“ (UNIFIL – Israel – Libanon) sind bislang die einzige Form der direkten Kommunikation zwischen Israel und dem Libanon. Ziel ist es, die politische Lösung des Konflikts zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Hinzu kommen Militärbeobachter:innen aus 25 Ländern, die im Rahmen der UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization) im Libanon stationiert sind.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterierate von Software im Libanon 69 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu 2015 um einen Prozentpunkt gefallen. Im Vergleich zu anderen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens befindet sich der Libanon im Mittelfeld. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 61 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber 2015 (65 Millionen US-Dollar) gesunken.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Der Libanon wird, wie andere arabische Staaten der Region, zunehmend vom sogenannten IS bedroht. Bislang waren die Extremist:innen vorwiegend im Irak und in Syrien aktiv, sie versuchen jedoch auch, im Libanon Fuß zu fassen. Dazu wollen sie die Dörfer im Grenzgebiet zu Syrien unter ihre Kontrolle bringen und neue Stellungen in den syrischen Kalamun-Bergen errichten. Vor allem die schiitische Hisbollah hat der IS 2015 vermehrt angegriffen.

2014 haben IS-Kämpfer:innen und syrische Al-Qaida Extremist:innen die Grenzstadt Arsal angegriffen, libanesische Soldat:innen attackiert und als Geiseln genommen. Auch in der Küstenstadt Tripoli kam es wiederholt zu Kämpfen zwischen Soldat:innen und IS-Kämpfer:innen. Insbesondere seit Sommer 2015 ist die Gefahr gestiegen, dass der islamistische Terrorismus des sogenannten IS in den Libanon übergreift. Ende des Jahres 2015 wurden zwei Bombenanschläge in der Hauptstadt Beirut verübt, bei denen 43 Menschen ums Leben kamen und über 240 verletzt wurden. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag. Infolgedessen kam es zu Spekulationen, er habe begonnen, die libanesische Dschihadismus-Szene zu dominieren und sunnitisch-extremistische Terrorzellen im Land aufzubauen. Im Juni 2016 wurden weitere Anschläge verübt, unter anderem in einem christlichen Dorf nahe der syrischen Grenze, in dem sich innerhalb eines Tages acht Selbstmordattentate ereigneten. Das brutale Vorgehen der Streitkräfte gegen diese Gruppierungen soll in der Vergangenheit jedoch auch bereits öfters syrische Geflüchtete getroffen haben.

Als Reaktion auf das Erstarken des IS im Land kündigten sowohl Russland als auch Großbritannien an, den Libanon künftig stärker im Kampf gegen den Terror unterstützen zu wollen. In diesem Kontext äußerte Beirut Interesse an russischen Waffen für den Anti-Terror-Kampf und bat um die Lieferung von Panzerabwehrlenk Waffen des Typs Kornet, um Geschütze und T-72 Panzer. Der Vertragsabschluss erfolgte Ende 2016.

Der Libanon wird formal von Saudi-Arabien als Mitgründungsmitglied der saudisch geführten Allianz gegen den sogenannten Islamischen Staat aufgeführt. Allerdings waren weder der Libanon noch Malaysia und Pakistan über die Gründung dieser Allianz informiert worden und hatten keine Teilnahme zugesagt. Über eine konkrete Beteiligung libanesischer Truppen an dem Kampf gegen den IS unter saudischer Führung lassen sich keine Informationen finden. Es steht jedoch fest, dass die LAF im Land und an den libanesischen Grenzen islamistische Gruppen bekämpfen.

Der Libanon ist Teil der US-geführten internationalen Koalition gegen den IS. Im September 2015 betonte der damalige libanesische Außenminister Bassil jedoch, dass der Libanon keine Truppen oder Rüstungsgüter zum Kampf gegen den IS außerhalb des Landes schicken werde. Gleichzeitig rief er die internationale Gemeinschaft dazu auf, sein Land stärker mit Waffen bei der internen Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die allgemeine Kriminalitätsrate im Libanon gilt als vergleichsweise niedrig. Dennoch ist die Kriminalität im Libanon seit 2012 angestiegen, vor allem durch die Zahl der Fälle von Gewaltkriminalität, Auto- und Fahrraddiebstählen sowie Einbrüchen. Insbesondere in den Grenzgebieten zu Syrien, den Vororten Beiruts, der Bekaa-Ebene und in den palästinensischen Flüchtlingslagern florieren Kriminalität und Schmuggel.

Während des Bürgerkriegs zwischen 1975 und 1990 war der Libanon einer der größten Heroin- und Haschischproduzenten der Welt. Nach dem Ende des bewaffneten Konflikts schränkte die neue Regierung den Anbau zunehmend ein. Trotzdem geht die illegale Drogenproduktion weiter, mit Rohstoffen etwa aus Afghanistan, dem Goldenen Dreieck oder Südamerika. Haschisch wird über den Landweg nach Ägypten geschmuggelt, Opium aus der Region in die Türkei und nach Israel, aber auch auf den internationalen Markt.

Libanesische Familien, deren Mitglieder einst für israelische Behörden arbeiteten, leiten noch heute den Drogenhandel nach Israel. Dazu gehören die Clans der Biro und Nahara. Die Hisbollah soll ebenfalls in den Drogenhandel verstrickt sein und Geldwäsche in großem Stil betreiben. Laut US-Ermittler:innen verfügt die Hisbollah über großen Einfluss auf das Geldwäsche-paradies im Dreiländereck zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay. Mit den Einnahmen aus den illegalen Geschäften soll der bewaffnete Kampf um die Vormachtstellung im Libanon und gegen Israel finanziert werden.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Der Libanon boykottierte zum wiederholten Mal, ähnlich wie die meisten arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Zum letzten Mal erstattete das Land 2010 Bericht sowohl an das UN-Register zu Militärausgaben als auch das UN-Waffenregister.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate nur schwer erhältlich sind. Der illegale Waffenhandel floriert in den meisten Regionen Libanons, insbesondere in den Grenzgebieten zu Syrien sowie in der Bekaa-Ebene. Die 330 Kilometer lange Grenze zwischen Syrien und dem Libanon ist schwer kontrollierbar und wird daher in beiden Richtungen von Schmuggler:innen genutzt. Deren Geschäft wurde durch den Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges sowie das Erstarken des IS in Syrien stark angekurbelt. Zwischen 2011 und 2014 kam es zu einem Anstieg des Schmuggels und der Preise für auf diesem Weg gehandelte Waffen und Munition. Besonders häufig sollen AK-47 Gewehre und verschiedene Versionen der M-16 Gewehre verschoben werden.

Zudem versorgt der Iran die schiitische Hisbollah-Miliz regelmäßig auf illegalem Weg mit Waffen. Der libanesischer Schwarzmarkt floriert, vor allem in der nordlibanesischen

Stadt Tripoli und in Beirut, und profitiert dabei auch von Waffenrestbeständen aus dem libanesischen Bürgerkrieg.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

The slow re-activation of the political process has been matched by economic initiatives. The government of Saad Hariri has succeeded in bringing the economic situation in Lebanon to the center of international attention. Among the most significant achievements were the Rome II conference in March 2018 and the CEDRE conference held in Paris in April 2018, which marked the launch of the Capital Investment Program (CIP), an ambitious \$11 billion infrastructure development project. Related reforms include greater fiscal rigor, the reduction of the public debt, and the creation of legal infrastructure for safer and fairer investment conditions.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

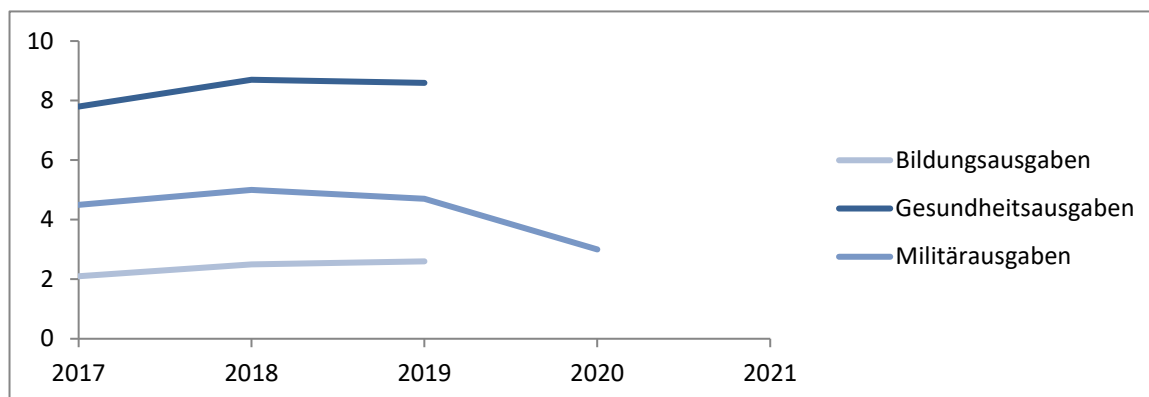
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4950,1	5306,3	4675,7	1921,4	-
Militärausgaben/BIP	4,5	5,0	4,7	3,0	-
Gesundheitsausgaben/BIP	7,8	8,7	8,6	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,1	2,5	2,6	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	69509	74165	79650	73893	68865
Anteil am BIP (in Prozent)	135,7	139,6	144,9	140,6	360,1
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	897,27	870,25	903,54	953,5	-
Net ODA (% of GNI)*	1,7	1,6	1,69	1,79	-
Deutsche ODA Zahlungen*	326,38	196,77	235,48	218,52	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	348,1	334,9	343,6	339,2	304
Index-Platzierung	11	12	8	10	17

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Israel	Militarisierungswert	447,6	444,3	436,2	433	436,6
	Index-Platzierung	1	1	1	1	1
Jordanien	Militarisierungswert	343,1	344,6	340,6	339,1	344,4
	Index-Platzierung	12	11	9	11	11
Syrien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Israel	Militärausgaben (absolut)	20572	20822	20948	21817	22501
	Militärausgaben/BIP	5,5	5,3	5,1	5,4	5,2
Jordanien	Militärausgaben (absolut)	2049	1979	2039	2056	2155
	Militärausgaben/BIP	4,8	4,6	4,6	4,9	5,0
Syrien	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.744	0.741	0.748	0.747	0.744

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Vor dem Bürgerkrieg von 1975 zählte der Libanon zu den bedeutendsten Finanzzentren im Nahen Osten, Beirut galt als die Bankenmetropole der Region. Dabei kamen dem Land seine liberale Handelspolitik, eine der Bildungselite angehörende Auslandsdiaspora sowie enge Kooperationen mit Europa zugute. Sowohl der Bürgerkrieg als auch die Kampfhandlungen mit Israel 2006 verursachten erhebliche wirtschaftliche Schäden und untergruben den Status Libanons als wichtige Handels- und Wirtschaftsmacht in der Region. Auch die aktuellen innenpolitischen Spannungen und der anhaltende Syrienkonflikt belasten das Land wirtschaftlich, das heute mit rund 70 Milliarden US-Dollar verschuldet ist. Der Schuldendienst machte 2015 etwa 43 Prozent der Staatsausgaben aus und die Staatsverschuldung entsprach rund 138 Prozent des BIP. 2015 brachen zudem wichtige Exporte in die Golfstaaten ein. Die libanesische Währung hat 2020 rund 80 Prozent ihres Wertes verloren. Die globale COVID-19-Pandemie und die Explosion am 4. August 2020 haben die Krise noch weiter verschärft. Bei der Katastrophe waren mehr als 190 Menschen getötet worden, etwa 300.000 Bewohner:innen der Stadt wurden obdachlos. Ob die Sustainable Development Goals bis 2030 erreicht werden können, gilt als fraglich.

Eine relevante Einnahmequelle und Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sind die gut ausgebildeten Arbeitskräfte des Libanon. Die Alphabetisierungsrate lag 2017 bei 93,9 Prozent. Zugleich bedroht die zunehmende Arbeitsmigration der jungen Fachkräfte das Land, verursacht unter anderem durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Diese liegt Schätzungen zufolge bei rund 54 Prozent. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist daher eine zentrale Herausforderung für das Land und steht derzeit im Fokus der libanesischen Entwicklungsstrategie. Dabei wird der Libanon unter anderem von Deutschland unterstützt, ebenso wie bei der Förderung der beruflichen Bildung. Allerdings spiegelt der Bildungssektor auch die strukturellen und ideologischen Gegensätze im Land wider und die private, meist konfessionell organisierte Bildung hebt sich stark vom qualitativ schlechteren, staatlichen Angebot ab. Seit Ende des Bürgerkrieges gelingt es der Regierung nicht, die Kontrolle und Aufsicht über das Schulsystem zu erlangen. Es besteht somit Bedarf an umfassenden Bildungsreformen.

Der libanesische Gesundheitssektor galt lange als durchschnittlich bis gut, auch wenn Mängel bei der Versorgung in den ländlichen Gebieten bestanden – der Bürgerkrieg hatte jedoch erhebliche negative Auswirkungen wie etwa massenhafte Schließungen staatlicher Einrichtungen. Heute sind zudem über 80 Prozent der Einrichtungen in privater

Hand. Die Covid-19-Pandemie offenbarte gravierende Mängel im Gesundheitssektor: In einigen Fällen mangelte es an Sauerstoff und Beatmungsgeräten, einige Patient:innen mussten zeitweise auf Parkplätzen behandelt werden. Der Libanon weist mit 2,1 Ärzt:innen pro 1.000 Einwohner:innen zwar eine relativ hohe Quote im Nahen Osten auf, die medizinische Versorgung gilt jedoch als recht teuer und nicht ausreichend gegeben. In den vergangenen Jahren verzeichneten die Gesundheitsausgaben gemessen am BIP einen geringen Anstieg von 8,1 Prozent im Jahr 2011 auf 8,4 Prozent im Jahr 2018. Ebenso erhöhten sich die Bildungsausgaben, gemessen am BIP, von 1,7 Prozent im Jahr 2011 auf 2,6 im Jahr 2019.

Parallel sanken die Militärausgaben gemessen am BIP im Libanon in den letzten fünf Jahren von 4,5 Prozent im Jahr 2015 auf rund 3 Prozent im Jahr 2020; was aber immer noch recht hoch ist. Nach dem jährlich vom BICC erhobenen Globalen MilitarisierungsindeX weist das Land noch immer einen sehr hohen Grad an Militarisierung auf und belegte 2020 Platz 17. Derzeit stellen die aktuell im Vergleich zu den Vorjahren stark sinkenden Militärausgaben im Libanon keine Gefährdung für die Entwicklung des Landes dar. In den vergangenen Krisen hat sich das Land jedoch als wenig Resilient erwiesen, so dass Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitssystem bzw. in Programme zur Wirtschaftsförderung definitiv Vorrang vor Steigerungen der Militärausgaben haben sollten.